

Arbeitgeber fordern „weniger Säbelrassen, mehr Sachlichkeit“

Eingruppierungsverhandlungen für den Sozial- und Erziehungsdienst werden am Dienstag in Berlin fortgesetzt / Gewerkschaften drohen mit „Eskalation“

Frankfurt am Main. Vollkommen unbeeindruckt von der wirtschaftlichen Realität in Deutschland erheben die Gewerkschaften ver.di und dbb tarifunion massive Gehaltsforderungen für die Beschäftigten im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst. Im Vorfeld der dritten Runde der Eingruppierungsverhandlungen hat VKA-Hauptgeschäftsführer Manfred Hoffmann diese Forderungen als „nicht erfüllbar“ zurückgewiesen.

„In den jetzigen Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit, ständig neuer Schreckensmeldungen am Arbeitsmarkt und wegbrechender kommunaler Einnahmen fordern die Gewerkschaften für Erzieherinnen bis zu 1.000 Euro monatlich mehr“, so Hoffmann. „Erzieherinnen leisten wichtige Arbeit. Dies ist unbestritten. Wir haben deshalb in der letzten Verhandlungsrunde auch eine Verbesserung der Eingruppierung angeboten, die Erzieherinnen bis zu 220 Euro – oder 8,9 Prozent – monatlich mehr bringt. Schon dies ohne höhere Elternbeiträge zu schultern, fällt schwer.“

Nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) verdienen Erzieherinnen in der Regel zwischen 2.130 Euro und 2.475 Euro. Hinzu kommen die Jahressonderzahlung, die Leistungsbezahlung des TVöD und eine attraktive betriebliche Altersversorgung. Damit liegt die Bezahlung schon jetzt oftmals über der von freien und freigemeinnützigen Trägern.

Zusätzlich zu den Gehaltssteigerungen hat ver.di vor drei Wochen einen Tarifvertrag zur Gesundheitsförderung gefordert. „Wir werden dies in den zuständigen Gremien diskutieren und uns danach äußern“, kündigt Hoffmann an. „Bereits jetzt ist der Gesundheitsschutz aller Beschäftigten, natürlich auch von Erzieherinnen, für kommunale Arbeitgeber eine Selbstverständlichkeit. Im öffentlichen Dienst und den kommunalen Einrichtungen gibt es hierzu umfassende Bestimmungen.“ Die Gewerkschaften drohen mit der Eskalation, wenn nicht bis Ende April auf ihre Forderungen eingegangen wird.

„Weniger Säbelrassen, sondern mehr Sachlichkeit in der Auseinandersetzung“, fordert Hoffmann die Gewerkschaften für die morgigen Verhandlungen auf.

Die VKA verhandelt Tarifverträge für rund zwei Millionen Beschäftigte des kommunalen öffentlichen Dienstes. Zu den kommunalen Arbeitgebern gehören unter anderem Verwaltungen, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, Sparkassen, Ver- und Entsorgungsbetriebe sowie Nahverkehrsunternehmen und Flughäfen.

Weitere Informationen sowie die relevanten Tarifverträge samt Gehaltstabelle – TVöD und der besondere Teil für Verwaltungen (BT-V) – stehen auf www.vka.de.

Pressekontakt

Katja Christ
Telefon: (069) 92 00 47-54
Mobil: 0160 – 94 12 18 50
E-Mail: katja.christ@vka.de